Landeszeitung - Samstag, 08.03.2014

EU-Millionen für die Wirtschaftswege

Eine kommunale Initiative hat Geld aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds an Land gezogen / Anliegerbeiträge müssen erhoben werden

Rendsburg/Mörel

Von der kommunalen Arbeitsgruppe Wege bis zur EU-Kommission: Mit seiner Initiative für die heimischen Wirtschaftswege hat Manfred Christiansen den Bohrer für ein ganz dickes Brett in die Hand genommen. Mit Erfolg: Die Gemeinden können ihre Wege im kommenden Jahr ausbauen. Dafür steht nicht nur Geld bereit, sondern nach Meinung des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Kreistag und Bürgermeisters der Gemeinde Sören gelten nun auch umsetzbare Bedingungen.

Als Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wege im Amt Bordesholm war Christiansen 2012 auf der Suche nach einer Lösung für die kaputt gefahrenen Wege. Von den 4000 Kilometern dieser Wege im Kreis sei allein die Hälfte in schlechtem Zustand. „Im Land war kein Geld dafür da, im Kreis auch nicht. Deshalb haben wir uns auf den Weg zur EU gemacht", sagt er. Ziel war es, an Gelder aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) zu gelangen. Über den Europa-Abgeordneten Reimer Böge gelang es, mit einer vierköpfigen Abordnung bei EU-Kommissar Dacian Ciolos in Straßburg vorzusprechen. Der habe sich beeindruckt gezeigt, schließlich gebe es diese kleinen Wirtschaftswege als feinste Verästelungen in allen EU-Staaten, so Christiansen. Und überall werden sie stiefmütterlich behandelt, obwohl sie durch immer schwerere Landmaschinen stark belastet werden.

Zurück im Kreis Rendsburg-Eckernförde brauchte es noch Überzeugungsarbeit beim Ministerium für ländliche Räume. Dazu hat der Bau- und Umweltausschuss des Kreises eine Studie in Auftrag gegeben, die für die Modellregion der Ämter Mittelholstein, Flintbek und Bordesholm den Zustand der Gemeindewege erfasst hat. Doch da das Land keine Mittel zuschießen muss, stimmte Minister Dr. Robert Habeck jetzt zu: Das Land meldet Mittel von sechs bis acht Millionen Euro bei der EU für den Ausbau der Wirtschaftswege aller Gemeinden ab dem Jahr 2015 an. Laut Manfred Christiansen werde die Förderquote 40 bis 50 Prozent betragen. Den Rest müssen die Gemeinden und die Anlieger bezahlen – sonst gibt es kein Geld. „Die Anliegergebühren sind ein Manko, aber wir haben erreicht, dass zunächst die Zuschüsse von der Bausumme abgezogen werden und erst dann die Anliegergebühren erhoben werden. So ist es umsetzbar", sagt Reimer Tank (CDU), Vorsitzender des Bauausschusses. Zudem haben die Verhandlungen ergeben, dass die Wege nicht auf 4,50 Meter Breite ausgebaut werden müssen, sondern auf 3,50

Meter. Das Ziel – mehr Tragfähigkeit – werde damit erreicht, doch Knicks müssten eben nicht verlegt werden.

Klaus-Peter Lucht, Vorsitzender des Kreisbauernverbandes, ist die Flexibilität für die Gemeinden wichtig, die aus der neuen Vereinbarung entstehe: Vor Ort werde entschieden, welcher Wirtschaftsweg überhaupt so stark durch Landmaschinen belastet werde, dass er ausgebaut werden muss. Und für jeden Weg können die Anliegergebühren einzeln festgelegt werden. Am Ausbau von Querverbindungen mit wenigen Anliegern, aber hohem Durchgangsverkehr oder touristischer Nutzung müssten die Gebühren geringer ausfallen als an ausschließlich landwirtschaftlich genutzten Wegen. Dieses Finanzierungkonzept mit der Möglichkeit wiederkehrender Beiträge sei neu, so Lucht, der ebenfalls der Abordnung bei EU-Kommissar Ciolos angehörte.

„Die Gemeinden müssen jetzt in die Hufe kommen", sagt Reimer Tank. Dort müssen nun Ausbausatzungen beschlossen werden. Darin müssen die Finanzierungsanteile für jeden auszubauenden Weg enthalten sein. Das bedeutet eine Menge Verhandlungsarbeit in den Kommunen. „Das sollte in diesem Jahr flott über die Bühne gehen, damit Anfang 2015 ausgeschrieben und im Frühjahr mit den Baumaßnahmen begonnen werden kann", so Tank. Um die Gemeinden zu informieren, lädt er in den nächsten Wochen zu drei Regionalkonferenzen ein.
Tilmann Post